



Presseschau vom 08.11.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **RKI ändert Aussage: Ansteckungswahrscheinlichkeit nach Impfung nicht quantifizierbar**

Heimlich, still und leise hat das RKI wichtige Passagen zur Information über die Impfung abgeändert – insbesondere die Übertragungsreduzierung des Virus kann plötzlich nicht mehr "quantifiziert" werden. Auch fehlen nun Angaben zur Schutzwirkung. ...

<https://kurz.rt.com/2ptk>

Dagmar Henn: Mit absolutem Wahrheitsanspruch pokern die NATO-Medien zu hoch
Soll Journalismus "einordnen" oder sollte er einen möglichst direkten Blick auf die Dinge bieten? In jüngster Zeit wird selbst die Tatsache, Aussagen unverfälscht wiederzugeben, zum Vorwurf gewendet, sobald diese Aussagen nicht der herrschenden Meinung entsprechen. ...

<https://kurz.rt.com/2ptv>

Dakotah Lilly: Die USA haben ein neues Land auf ihrem Wunschzettel für Regimewechsel: Nicaragua

Die USA haben eine lange Geschichte der Einmischung in Lateinamerika. Diese Woche haben die US-Abgeordneten einem Gesetz zugestimmt, das mehr Sanktionen für Nicaragua fordert, um vor den dortigen Wahlen am Sonntag den Druck auf Präsident Daniel Ortega zu erhöhen. ...

<https://kurz.rt.com/2pts>

Dakotah Lilly: Corona hat die Arbeiterklasse am härtesten getroffen – Bühne frei für die "populistische" Linke

Die herrschende Klasse in ganz Europa und in den USA würde die Menschen stets lieber gespalten als vereint gegen die Oligarchie sehen. Genau deshalb stellt der linke Populismus hinsichtlich der Perspektiven für die Ausgebeuteten eine größere Bedrohung für das Establishment dar. ...

<https://kurz.rt.com/2ppd>

Seyed Alireza Mousavi: Attentatsversuch auf Iraks Premierminister – Bagdad im Alarmzustand

Im Irak ist die Residenz des Ministerpräsidenten von einer bewaffneten Drohne angegriffen worden. Der Westen macht die schiitischen Milizen für den Angriff verantwortlich. Die Iran nahestehenden Kräfte gehen von einem inszenierten Drohnenangriff aus. Wer auch immer hinter diesem versuchten Anschlag steckt – der Vorfall stellt eine dramatische Eskalation der politischen Lage im Land dar. ...

<https://kurz.rt.com/2pu8>

Kani Tuyala: Washington hofiert Rebellen – Zehntausende Äthiopier protestieren gegen US-Regierung und "Fake News"

Im Zuge der militärischen Auseinandersetzungen in Äthiopien steht der Schuldige für Washington fest: die äthiopische Regierung. Vor wenigen Tagen hofierte die US-Regierung Vertreter von Rebellen Gruppen. Am Sonntag nun machte die Bevölkerung in Addis Abeba ihrem Zorn Luft. Die Menschen beschuldigen auch US-Medien wie CNN. ...

<https://kurz.rt.com/2pu5>

abends/nachts:

de.rt.com: Sie wollen uns testen – Verteidigungsminister Schoigu zu US-Kriegsschiffen im Schwarzen Meer

Im August war es der britische Zerstörer Defender, jetzt sind es zwei US-Kriegsschiffe, die im Schwarzen Meer unterwegs sind. Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu versichert, Russland sei auf jegliche Art Provokation vorbereitet.

Derzeit kreuzen zwei US-amerikanische Kriegsschiffe im Schwarzen Meer: das Kommandoschiff der sechsten US-Flotte USS Mount Whitney und der Raketenzerstörer USS Porter. Der russische Verteidigungsminister Sergei Shoigu betrachtet die Präsenz der zwei US-Kriegsschiffe im Schwarzen Meer als einen Versuch, die Verteidigung der Küste und der südlichen Grenze Russlands zu testen.

"Wenn ein Kriegsschiff, das einer Macht gehört, die nicht aus der Region ist, ins Schwarze Meer einfährt und wir sehen, dass es weit reichende Präzisionswaffen trägt, sehen wir, dass diese Waffen an Bord sind und es nicht auf einer touristischen Fahrt ist, dann behalten wir es natürlich im Blick und verfolgen es. Dann verstehen wir auch, dass jederzeit jede Art Provokation möglich ist, so wie jüngst durch den britischen Zerstörer. Und solche Sachen müssen wir natürlich verhindern", erklärte der Verteidigungsminister in einer Live-Sendung auf Fragen des Journalisten Pawel Sarubin.

"Genau genommen ist das natürlich ein fast ununterbrochener Versuch, uns zu prüfen, um zu sehen, wie gut wir vorbereitet sind und wie wirkungsvoll wir unser System entlang der Schwarzmeerküste und überhaupt im Süden des Landes aufgebaut haben", sagte Schoigu. Und weiter: "So, wie ich das verstanden habe, wollen sie in der Folge Manöver mit unseren Nachbarn durchführen, mit der georgischen und der ukrainischen Marine. Aber wir halten

ebenfalls Manöver ab und werden das auch weiterhin tun."

Im August war der britische Zerstörer HMS Defender vor der Krim in russische Hoheitsgewässer eingedrungen und hatte seinen Kurs erst auf Warnschüsse hin geändert. Der Vorfall führte zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Russland und Großbritannien. Mit welcher scheinbaren Naivität die US-Schiffe den Zweck ihres Einsatzes im Schwarzen Meer verkleiden, zeigt ein Tweet aus der Presseabteilung der 6. US-Flotte: "Neben NATO-Verbündeten zu fahren, um Sicherheit und Stabilität im Schwarzen Meer sicherzustellen, ist eine tolle Art, seinen Samstag zu verbringen! Es war ein Vergnügen, mit Euch zu fahren, Türkei!"



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6187dc9b48fbef138b18c299.jpg>

wpered.su: In Donezk wurden Blumen am Denkmal für W.I. Lenin niedergelegt

Am 7. November, am 104. Jahrestag der Großen sozialistischen Oktoberrevolution, legten in Donezk auf dem zentralen Platz das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der DVR und der Donezker Stadtkomitee der Kommunistischen Partei der DVR gemeinsam mit linken volkspatriotischen Organisationen, dem Leninschen Komsomol der DVR, der Union sowjetischer Offiziere, der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“, „Kinder des Krieges“, den Donezker Wissenschaftlern mit sozialistischer Orientierung und der Volkspatriotischen Union Blumen am Denkmal für W.I. Lenin und am Gedenkkomplex „Den Kämpfern für die Sowjetmacht“ nieder. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Im historischen Labyrinth auf der Suche nach ihrer Identität und ihrer zivilisatorischen Wahl vorangehend, hat sich das Volk des Donbass im Jahr 2014 die Energie des Oktober 2017 und des Großen Sieges des Jahres 1945 gefunden und hat sich zum Kampf für eine eigenständige Entwicklung und gegen die äußerste Form der kapitalistischen Unterdrückung – den Faschismus – erhoben. Mit Unterstützung der Brudervölker Russlands und fortschrittlich denkender Vertreter aus Dutzenden von Ländern der Erde, die zum Kampf für sozialistische Ideale bereit sind, geht der Kampf der Arbeit gegen das Kapital seit mehr als 7 Jahren weiter. Im Krieg auf der Erde des Donbass werden der Geist und die Ideen des Oktober 1917 wiedergeboren“, sagte der Erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow in seiner Rede.

Während der Veranstaltung überreichte Boris Litwinow neuen Mitgliedern der KP der DVR ihre Parteibücher.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/11/7N2.jpg>

snanews.de: „Im Interesse aller Parteien“: USA für Beibehaltung des Status Quo in Taiwan

Nach Angaben des nationalen Sicherheitsberaters Jake Sullivan bemüht sich die US-Regierung, den Status quo in Bezug auf Taiwan aufrechtzuerhalten. Denn dies soll im Interesse aller Parteien liegen.

„Die Vereinigten Staaten glauben, dass der Status quo in Taiwan den Interessen Chinas, Taiwans und der Vereinigten Staaten sowie den Interessen der regionalen Sicherheit und Stabilität gedient hat“, sagte Sullivan am Sonntag gegenüber CNN.

Er betonte, Washington halte sich weiterhin an den Taiwan Relations Act und lehne einseitige Änderungen des Status quo ab.

Die USA seien besorgt über die jüngsten chinesischen Aktivitäten, die „die Sicherheit und Stabilität der Beziehungen zwischen China und Taiwan bis zu einem gewissen Grad erschüttert haben“, so der Berater abschließend.

Die Situation um Taiwan hat sich in den letzten Wochen verschärft, da Washington zugesagt hat, die Insel im Falle einer Aggression dagegen zu schützen, und zwei Milliarden Dollar Militärhilfe für Taipeh angekündigt hat. Gleichzeitig bestätigte Taiwan die Präsenz amerikanischer Truppen auf seinem Territorium.

Im Oktober hatte der chinesische Staatspräsident Xi Jinping zu einer friedlichen Wiedervereinigung mit Taiwan aufgerufen. Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen hatte den Aufruf jedoch entschieden zurückgewiesen.

Taiwan, das sich offiziell „Republik China“ nennt, löste sich 1949 nach dem Ende des chinesischen Bürgerkriegs vom Festland. Peking betrachtet Taiwan als eine abtrünnige chinesische Provinz, die Insel aber behauptet, ein autonomes Land zu sein, das politische und wirtschaftliche Beziehungen zu mehreren anderen Nationen unterhält, die ihre Souveränität anerkennen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/05/4220886_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_b558d0d4bdf75f339c1e6261357fb6d2.jpg

snanews.de: **Taliban stellen weitere 44 Kabinettsmitglieder vor**

An diesem Sonntag hat in Afghanistan die erste großangelegte Ernennungsrunde seit der Kabinettsbildung im September stattgefunden. Die Taliban haben 44 ihrer Mitglieder in Schlüsselrollen ernannt.

Die entsprechende Liste der neuen Funktionen ihrer Mitglieder ist bereits veröffentlicht. Demnach haben die Taliban Qari Baryal zum Gouverneur von Kabul und Wali Jan Hamza zum Polizeichef der Stadt bestimmt.

Die letzte Ernennungsrunde fand im September statt. Damals wurden 17 Personen ins Kabinett berufen. Darunter waren keine einzige Frau und niemand aus einer anderen politischen Gruppierung. Westliche Staaten hatten in diesem Zusammenhang eine inklusive Regierung gefordert.

Die Taliban haben im August vor dem Hintergrund des US-Truppenabzugs aus Afghanistan die Macht ergriffen. Dies löste eine humanitäre, wirtschaftliche und politische Krise im Land aus. Die Nachbarstaaten leiden unter riesigem Zustrom von Flüchtlingen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/0f/3972970_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_e0e4d33dbf7c8d7a4608eaf114312eac.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 7. November 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Kalinowo, Golubowskoje und Wesjolenkoje wurden mit 82mm-Mörsern (18 Geschosse) und Granatwerfern (6 Geschosse) beschossen.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Teilnahme an Nord Stream 2-Zertifizierung – Kiew erwartet Entscheidung von Bundesnetzagentur**

Die Bundesnetzagentur wird bis zum 14. November über Kiews Teilnahme an der Zertifizierung des Projekts Nord Stream 2 entscheiden. Das teilte am Sonntag der Generaldirektor des Unternehmens „Operator GTS Ukraina“ Sergej Makogon auf Facebook mit.

Ein Facebook-Nutzer fragte unter einem Beitrag des ukrainischen Beamten nach der Antwort der deutschen Bundesnetzagentur auf den entsprechenden Antrag seitens der Ukraine.

„Die Entscheidung wird nächste Woche erwartet“, so Makogon.

Der Betreiber des ukrainischen Gastransportsystems hatte die Teilnahme an der Zertifizierung der Gaspipeline Nord Stream 2 am 20. Oktober beantragt, um sich dem Projekt zu widersetzen. Makogon zufolge würde die Inbetriebnahme der Gasleitung die dominierende Stellung von Gazprom verstärken und nicht zur Diversifizierung der Gaslieferungen beitragen.

Die Nord Stream 2 AG hatte eine Zertifizierung als unabhängiger Transportnetzbetreiber bei einer Beschlusskammer der Bundesnetzagentur beantragt und alle notwendigen Unterlagen vorgelegt. Die Bundesnetzagentur hat nun vier Monate Zeit, um einen Entscheidungsentwurf zu erstellen und ihn der Europäischen Kommission vorzulegen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/04/1135909_0:73:1400:861_1920x0_80_0_0_d119ec570ce215ab29cbf34adeb47883.jpg

dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 7. November 3:00 Uhr bis 8. November 3:00 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination fünf Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Saitschenko, Leninskoje, Nowaja Marjewka, Kominternowo, Sachanka.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu den Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 34.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Iran startet massive Militärübung**

Am Sonntag hat das iranische Militär mit einer groß angelegten Militärübung begonnen. Die Manöver finden Wochen vor dem Treffen der Unterhändler statt, die einen neuen Versuch unternehmen sollen, das Atomabkommen von 2015 wiederzubeleben.

Die Übung unter dem Codenamen Zolfaghar-1400 umfasst Manöver in Teilen des Roten Meeres und des Golfs von Oman, der durch die strategische Straße von Hormus mit dem Persischen Golf verbunden ist.

Wie iranische Medien berichteten, üben die iranische Marine und die Luftwaffe in enger Abstimmung mit Bodentruppen und schnellen Eingreiftruppen den Beschuss von Zielen im südlichen Teil des Landes, wobei unter anderem verschiedene Drohnen zum Einsatz kommen. Ein für die Übung zuständiger Sprecher, Konteradmiral Mahmoud Mousavi, erklärte gegenüber Medien, verschiedene Zweige des Militärs würden für Überraschungsangriffe auf den Feind trainiert. Unter anderem sollen F-4-Kampffjets den Beschuss von Seezielen mit Anti-Schiffs-Raketen geübt haben.

Der Befehlshaber des zentralen Hauptquartiers Khatam-al Anbiya, Generalmajor Gholam Ali Rashid, erklärte, die iranischen Streitkräfte seien "immer bereit für eine strategische, operative und taktische Konfrontation" zur Verteidigung gegen die USA und Israel.

Die Übung findet wenige Wochen vor Beginn der Gespräche zur Wiederbelebung des internationalen Atomabkommens von 2015 statt, das als Gemeinsamer Umfassender Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) bekannt ist und das iranische Atomprogramm im Gegenzug für die Aufhebung ausländischer Sanktionen stark einschränkte. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am 29. November in Wien wiederaufgenommen.

Im Jahr 2018 sind die USA unter der Regierung des damaligen US-Präsidenten Donald Trump einseitig aus dem JCPOA ausgestiegen und haben erneut Sanktionen gegen Teheran verhängt. Iran reagierte daraufhin mit einer schrittweisen Verringerung seiner eigenen Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens.

Vergangene Woche forderten US-Präsident Joe Biden und die Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands und des Vereinigten Königreichs Iran auf, sich dringend um eine Fortsetzung der Verhandlungen in gutem Glauben zu bemühen.

Der iranische Präsident Ebrahim Raisi bekräftigte am Donnerstag, dass das Land die Gespräche nicht aufgeben und weiterhin mit Nachdruck die Aufhebung der Sanktionen gegen Teheran durch Washington fordern werde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6188c96db480cc40004b791c.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 8. November um 9:00 Uhr 19.360 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 14.720 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 2578 Todesfälle.

snanews.de: **US-Schiffe in georgischem Hafen angekommen**

Die Schiffe der US-Marine „USS Mount Whitney“ und „USS Porter“ sind im georgischen Hafen Batumi angekommen. Das teilte die US-Botschaft in Georgien auf Facebook am Montag mit.

„Herzlich Willkommen ‚USS Mount Whitney‘ und ‚USS Porter‘! Fünf Jahre später kehrte das Flaggschiff der sechsten Flotte ‚USS Mount Whitney‘ nach Georgien zurück“, heißt es in der Erklärung.

Für dieses Schiff seien georgische Häfen nicht neu, da die „USS Mount Whitney“ Georgien bereits fünfmal besucht habe.

Zuvor hatte die Sechste Flotte der US-Marine mitgeteilt, dass sich ihr Flaggschiff „USS Mount Whitney“ auf den Weg ins Schwarze Meer gemacht habe, um mit den Verbündeten und Partnern der Nato in der Region zu operieren. An Bord des Schiffes befänden sich Mitarbeiter der Stäbe des Sechsten Flotte der US-Marine und der Naval Striking and Support Forces der Nato.

Ziel der Einsätze ist laut den USA, für Sicherheit und Stabilität in der Region zu sorgen. Der Zerstörer „USS Porter“ war ebenfalls ins Schwarze Meer eingelaufen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/03/4196294_0:238:1512:843_1920x0_80_0_0_0ebf7bec376286d5d141736e477738b1.jpg

Mzdnr.ru: Am 7. November wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

Am 8. November um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 91.135 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

17.132 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 66.944 als gesund entlassen, es gibt 7059 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 163 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 17 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 66 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3689 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1721 mit Sauerstoffunterstützung (+52 in den letzten 24 Stunden). ...

nachmittags:

de.rt.com: **Biden verurteilt "Scheinwahl" in Nicaragua und will Ortega-Regierung zur Rechenschaft ziehen**

US-Präsident Joe Biden hat am Sonntag eine Erklärung abgegeben, in der er die Wahlen in Nicaragua anprangert, bei denen Präsident Daniel Ortega und seine Frau, Vizepräsidentin Rosario Murillo, den Sieg errungen haben. Biden beschuldigte Ortegas Regierung, "eine Scheinwahl abgehalten zu haben, die weder frei noch fair und ganz sicher nicht demokratisch war".

Die angeblichen "Scheinwahlen" in Nicaragua, aus denen voraussichtlich der langjährige Präsident Daniel Ortega und dessen Frau, Vizepräsidentin Rosario Murillo, als Sieger hervorgehen werden, wären "weder frei noch fair" gewesen, sagte US-Präsident Joe Biden. Die Menschen in dem mittelamerikanischen Land mit rund 6,5 Millionen Einwohnern gingen am Sonntag zur Abstimmung. Der 75-jährige sozialistische Staatschef Ortega strebt seine vierte Amtszeit in Folge an und würde sich damit seine fünfte Amtszeit insgesamt sichern. Biden sagte in einer Erklärung am späten Sonntag, die nicaraguanische Führung habe "eine Scheinwahl inszeniert, die weder frei noch fair und schon gar nicht demokratisch war". Ortega und Murillo hätten laut Biden das Land wie "Autokraten regiert, die sich nicht von der Somoza-Familie unterscheiden, die Ortega und die Sandinisten vor vier Jahrzehnten bekämpft haben".

Die Somoza-Familie war vier Jahrzehnte lang in Nicaragua an der Macht und genoss dabei die Unterstützung der USA, bevor sie 1979 von Ortega und seinen Verbündeten von der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (Frente Sandinista de Liberación Nacional; FSLN) gestürzt wurde.

Der US-Präsident hat nun die nicaraguanische Regierung aufgefordert, "sofortige Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie" zu unternehmen und die Inhaftierten freizulassen. Die USA und ihre Verbündeten werden "alle uns zur Verfügung stehenden diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel einsetzen, um das Volk von Nicaragua zu unterstützen und die Ortega-Murillo-Regierung und diejenigen, die ihre Missbräuche unterstützen, zur Verantwortung zu ziehen", warnte Biden.

Im Juni hatten die USA bereits mehrere nicaraguanische Beamte – darunter Ortegas Tochter – mit Sanktionen belegt, weil sie Teil eines Systems wären, das "die Demokratie untergräbt, die Menschenrechte missachtet und repressive Gesetze erlässt". Denjenigen, die auf der schwarzen Liste stehen, wurde jegliches Vermögen in den USA eingefroren, sie dürfen keine Geschäfte mehr in den USA abwickeln.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6188fe4a48fbef3cb03c4ca6.jpg>

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 08.11.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden **fünf Verletzungen des Komplexes von**
Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von
Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade **Kominternowo, Saitschenko,**
Sachanka und **Leninskoje** mit Granatwerfern verschiedener Art beschossen.

Kämpfer der 93. Brigade haben das Gebiet von **Nowaja Marjewka** mit 120mm- und 82mm-
Mörsern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 95. Brigade in **Richtung Gorlowka** das
Gebiet von **Sajzewo (jushnoje)** mit Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Besatzer aus der 128. Brigade **Wedenskoje** mit
Antipanzergrenatwerfern beschossen.

Infolge des feindlichen Feuers **starb einer unserer Verteidiger, ein weiterer wurde verletzt.**
Wir sprechen den Verwandten und Freunden des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus und
dem verletzten Soldaten schnellstmögliche Genesung.

Angesichts dessen, dass die ukrainische Seite im GZKK die Anfragen nach einem Regime der
Ruhe über den Koordinationsmechanismus ignoriert hat, war die Volksmiliz gezwungen, das
Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu eröffnen, **um die**
Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken. Die Verluste unter den ukrainischen
Kämpfern werden noch ermittelt.

Es wurde entdeckt, dass Besatzer aus der 25. Luftsturmbrigade in Verletzung des dritten
Punkts der Zusatzmaßnahmen fünf Stück **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von**
Wohnhäusern und kommunalen Objekten auf dem von der Ukraine kontrollierten
Territorium stationiert haben: ein Abwehrgeschütz „OSA“ in einem Wohngebiet von
Wesjoloje, zwei Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Orlowka und zwei
Schützenpanzerwagen am nördlichen Rand von Nowobachmutowka.

Um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 95. und 128. Brigade zu verhindern, hat der
Gegner Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ eingesetzt, um die
Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von
Andrejewka, Dsershinsk, Nowgorodskoje und Orlowskoje zu blockieren.

Eine in der 93. Brigade eingetroffene Kommission zur Durchführung einer Ermittlung zur
Verletzung von vier Kämpfern aufgrund der Detonation eines Geschosses im Lauf eines
152mm-Artilleriegeschützes „Akazija“, mit dem Telmanowo beschossen wurde, hat bestätigt,
dass die Ursache des Vorfalls eine unzureichende technische Wartung des Artilleriegeschützes
sowie Blätter und Schmutz im Lauf waren, die dorthin vermutlich bei der Tarnung des

Geschützes vor einer Drohne der OSZE-Mission geraten sind.

Außerdem wurden am Stationierungsort des Artilleriegeschützes in der Nähe des Gebiets eines Schotterwegs im Bereich des Granitsteinbruchs von Telmanowo 800 Liter nicht erfasster Dieseltreibstoff gefunden, der vermutlich von Artilleriegeschützen abgezogen wurde und verkauft werden sollte.

Inzwischen ist in der 93. Brigade eine weitere Kommission eingetroffen, jetzt um die Buchhaltung, Lagerhaltung und Verwendung von Treibstoff zu kontrollieren.

Das geringe Ausbildungsniveau der Funktionsträger sowie das Fehlen einer Kontrolle von Seiten der Führung über die Ausführung von deren Verpflichtungen schaffen ein weiteres Mal Voraussetzungen für den Diebstahl von Munition in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte.

So hat nach uns vorliegenden Informationen inzwischen eine interne Kommission in der 95. Luftsturmbrigade, die zur Ablösung der 10. Gebirgssturmbrigade eingetroffen ist, einen Fehlbestand von 3240 5,45mm-Patronen für AK-74-Maschinenpistolen (drei „Kisten“), 60 RGD-5-Granaten (3 Kisten) sowie 1280 9mm-Pistolenpatronen für PM festgestellt. Dieses Material war im Lager für Raketenartilleriewaffen der Brigade im ständigen Stationierungspunkt in Shitomir erfasst.

Um den Fehlbestand zu verheimlichen, entschied der Brigadekommandeur Wesser, den Leiter des Lagers zu entlassen und die fehlende Munition auf Kampfhandlungen in der OOS-Zone abzuschreiben.

Wir schließen nicht aus, dass es in den nächsten Tagen eine Zunahme von fälschlichen Beschuldigungen der Einheiten der Volksmiliz bezüglich der Verletzung des geltenden Waffenstillstands in Richtung Gorlowka geben wird, was es den ukrainischen Luftlandesoldaten erlauben soll, den Fehlbestand abzuschreiben und der strafrechtlichen Verantwortung für gesetzeswidrigen Munitionshandel zu entgehen.

snanews.de: **Weißrusslands Grenzausschuss: Tausend Flüchtlinge nähern sich polnischer Grenze – Polen alarmiert**

Eine Gruppe von zahlreichen Flüchtlingen bewegt sich momentan in Richtung der polnischen Grenze. Das teilte der weißrussische Grenzausschuss auf Telegram am Montag mit.

Polnische Grenzschutzbeamte berichteten laut dem Ausschuss wiederholt, wie sie Tausende Migranten an die Grenze zu Weißrussland getrieben hätten.

„Die Flüchtlinge wurden durch die Gleichgültigkeit und die menschenverachtende Haltung der polnischen Behörden zu so einem Schritt veranlasst“, so der Grenzausschuss.

Die weißrussische Seite ergreife alle notwendigen Maßnahmen, um ein reibungsloses Funktionieren von internationalen Verkehrskanälen zu gewährleisten und die Sicherheit der Menschen zu garantieren, so der Grenzausschuss.

Viele Videos kursieren in den sozialen Netzen, in denen Hunderte von Menschen mit Kindern die Autobahn entlang wandern.

Reaktion aus Polen

Aus einem offiziellen Bericht der polnischen Territorialverteidigungskräfte auf Twitter geht hervor, dass die Kampfbereitschaft der Verteidigungskräfte wegen der Situation an der Grenze zu Weißrussland erhöht wurde.

Mariusz Kaminski, der polnische Minister für Inneres und Verwaltung, twitterte, dass sie die Situation im Grenzübergang Kusnitsa mehrere Tage lang überwachen würden und auf jedes Szenario vorbereitet seien.

Zuvor hatte der polnische Geheimdienstkoordinator, Stanislaw Zaryn, erklärt, dass Weißrussland einen Transfer von zahlreichen illegalen Migranten vorbereite.

„Sehr besorgniserregende Informationen von der Grenze. (...) Der größte Versuch einer militärischen Invasion nach Polen hat begonnen“, twitterte er.

Seinem Beitrag fügte er ein Video von der weißrussischen Seite hinzu, das zeigt, wie eine

Gruppe von Hunderten Menschen mit Gepäck die Autobahn entlang geht. Darunter sind auch Frauen und Kinder.

Außer den Soldaten seien auch die Antiterrorkräfte mobilisiert worden. Das erklärte der stellvertretende Minister für Inneres und Verwaltung, Maciej Wasik, im polnischen Fernsehen am Montag.

Seit 2. September gilt der Ausnahmezustand in den polnischen Gemeinden an der Grenze zu Weißrussland. Mit dem Zutrittsverbot für Menschenrechtsorganisationen und Journalisten will die polnische Regierung verhindern, dass Migranten von polnischer Seite aus beim Grenzübertritt unterstützt werden. In der Grenzregion hatte es bereits mehrere Todesfälle unter Migranten gegeben.

Der weißrussische Präsident, Alexander Lukaschenko, hatte Ende Mai angekündigt, dass sein Land Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – als Reaktion auf verschärfte westliche Sanktionen. Mitte September kündigte der weißrussische Staatschef an, sein Land sei bereit, mit dem Westen über illegale Migration zu sprechen, aber nur, wenn die Sanktionen gegen Minsk aufgehoben würden.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/08/4243685_0:0:3467:1950_1920x0_80_0_0_79cf040e850f90b7cb2bdc54c35b57b6.jpg

de.rt.com: **Ex-Premierministerin Timoschenko: Ukraine hätte billiges Gas direkt aus Russland kaufen sollen**

Kiew habe es versäumt, billiges Gas aus Russland direkt zu erwerben. Darauf wies die ehemalige ukrainische Regierungschefin Julia Timoschenko hin. Das Land stehe nun vor einer Katastrophe, da seine Gasspeicher kaum gefüllt seien.

Die Ukraine könnte vor einer Katastrophe stehen, da das Land versäumt habe, seine unterirdischen Gasspeicher vor dem Winter aufzufüllen. Davor warnte die ehemalige Premierministerin Julia Timoschenko, die derzeit in der Opposition sitzt, am Sonntag. Sie erklärte dem Fernsehsender Nasch:

"Wir hätten 38 Milliarden [Kubikmeter Gas in die Speicher] pumpen können und wir hätten jetzt keine Krise in unserem Land."

Die Politikerin bezeichnete die Krise, die ihrem Land in den kommenden Monaten aufgrund von Gas- und Kohleknappheit bevorstehen könnte, als "menschengemacht".

Timoschenko wies darauf hin, dass das Gas im Sommer "sechsmal billiger" war, als es jetzt vermarktet wird. Sie argumentierte:

"Wir hätten alle Gas, Strom und Elektrizität zu minimalen Preisen gehabt."

Anfang vergangener Woche überstieg der Erdgaspreis in Europa zum ersten Mal seit Oktober die Marke von 900 US-Dollar pro tausend Kubikmeter.

Zuvor hatte der ehemalige Wirtschaftsminister der Ukraine Wiktor Suslow gewarnt, dass bis

zu 91 Prozent der ukrainischen Unternehmen aufgrund der hohen Preise ihre Gasrechnungen nicht mehr bezahlen könnten. Sie wären daher gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen. Das ukrainische Analyse- und Strategiezentrum schlug sogar vor, die ukrainischen Brennholzausfuhren in die EU zu erhöhen, da Brennholz in der EU als Energieprodukt gilt. Der ukrainische Abgeordnete Michail Wolynetz schlug seinen Landsleuten, die in ländlichen Gebieten leben, Ende Oktober vor, sich mit getrocknetem Dung eindecken und damit zu heizen, um im Winter nicht auf die Regierung angewiesen zu sein.

Timoschenko, die derzeit die EU-freundliche Partei Vaterland führt, räumte ein, dass die Ukraine schon immer Gas aus Russland bezogen hat. Sie bezeichnete den Plan, Gas aus Europa, das zum Teil durch die Ukraine in die EU transportiert wurde, zurückzukaufen, als "eine große Lüge". Die ehemalige Regierungschefin erklärte:

"Als sie uns 2014 sagten, dass die Ukraine westeuropäisches Gas verbrauchen würde, hätten sie mir zeigen sollen, wo es in Europa produziert wird und wo wir es abnehmen können." Sie fügte hinzu, dass es kein "europäisches Gas" gegeben habe. "Sie stellten eine Pipeline zur Verfügung, aber das Gas war immer noch das russische", so die Politikerin.

Die Spannungen zwischen Moskau und Kiew intensivieren sich auch im Bereich des Gashandels und -transits. Die Ukraine lehnt das russische Projekt Nord Stream 2 entschieden ab, da sie befürchtet, dass die Pipeline, die von Russland durch die Ostsee nach Deutschland führt, die Ukraine um mindestens drei Milliarden US-Dollar an Transitgebühren bringen würde.

Der Chef des staatlichen ukrainischen Gasunternehmens Naftogaz Juri Witrenko erklärte kürzlich, ein Ende des Gastransits würde Moskau und Kiew an den Rand eines "ausgewachsenen Krieges" bringen. Moskau betonte wiederholt, dass es keine Pläne gebe, den Gashahn zuzudrehen, und hob hervor, dass alle künftigen Verträge mit der Ukraine eine kommerzielle Angelegenheit des russischen Energieriesen Gazprom allein seien.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/618931aab480cc4381631a43.jpg>

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowoswanowka aus **Kalinowo** mit Granatwerfern beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Golubowskoje** mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen und 18 Mörsergeschosse abgefeuert.

In **Richtung Staniza Luganskaja** haben Kämpfer der 79. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Luzenko von den Positionen im Gebiet von Staniza Luganskaja aus **Wesjolenkoje** mit Granatwerfern beschossen. Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen sind nicht eingegangen. ...

snanews.de: „**Unnatürlicher Zustand**“ – Russlands Botschafter über Spannungen im **deutsch-russischen Verhältnis**

Der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, hat die Spannungen in den deutsch-russischen Beziehungen als einen unnatürlichen Zustand bezeichnet. Er verwies auf die Einseitigkeit der westlichen Berichterstattung über Russland und mahnte positive Anknüpfungspunkte im politischen Gespräch an.

Er sei mit seinem Amtskollegen, dem deutschen Botschafter in Russland, durchaus einverstanden: der Tonfall in der öffentlichen Diskussion über das Verhältnis der beiden Länder sei in der Tat irritierend. „Beim genauen Blick darauf, wie im Westen der Ton in der Diskussion russischer – innen- wie außenpolitischer – Probleme bestimmt wird, wundert man sich wirklich ob dieser Subjektivität und Einseitigkeit“, sagte Netschajew bei den diesjährigen „Potsdamer Begegnungen“.

Nicht Russland habe mit dieser „einseitigen Verhaltenslinie“ begonnen, „aber bisweilen sind wir gezwungen, darauf zu reagieren – mitunter so, dass es manch einem missfällt“, erklärte der russische Botschafter und mahnte den Erhalt einer „positiven Abfolge im politischen Dialog“ an.

Die Voraussetzung für einen konstruktiven Dialog mit Russland sieht der Diplomat im „Verzicht auf Ultimaten, auf die Absicht, von einer Position der Stärke aus zu sprechen, auf Versuche der Druckausübung und des Moralisierens speziell in Bezug auf die inneren russischen Probleme“.

Eine Politik der „Eindämmung Russlands“ sei ein Weg in die Sackgasse, der zum Verfall der Beziehungen führe, was Russland jedoch unbedingt vermeiden wolle. „Wir werden in jedem Fall einen souveränen außenpolitischen Kurs verfolgen und dabei für einen konstruktiven Dialog ebenso offen bleiben wie für eine gegenseitig respektvolle Zusammenarbeit.“

In dem Zustand, in dem die deutsch-russischen Beziehungen gegenwärtig seien, werde deren „enormes Potenzial“ vernachlässigt. „Die Spannungen zu überwinden, auf Konfrontation zu verzichten, partnerschaftliche Beziehungen auszubauen – dies ist das, was den Interessen der Völker unserer Länder absolut entspricht.“ Russland und Deutschland hätten „eine Fülle an positiven Anknüpfungspunkten – nicht nur in Wirtschaft und Handel, sondern auch bei Investitionen und Energie“.

Hingegen seien die gegenwärtigen Spannungen in den deutsch-russischen Beziehungen ein „unnatürlicher Zustand“. Jedoch könne man diese „nicht einfache Phase“ überwinden, man müsse es sogar.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/15/4042940_0:43:3072:1771_1920x0_80_0_0_a3e0bd3acaada977bdc07d4cdad1585c.jpg

de.rt.com: **Konzern-Chef: Gazprom erhöht Erdgaslieferungen nach Europa**

Auf Anordnung des russischen Präsidenten Wladimir Putin beginnt Gazprom mit der Erhöhung von Gaslieferungen an europäische Untergrundspeicher, teilte Konzern-Chef Alexei Miller mit. Die EU-Reserven an blauem Brennstoff befinden sich zurzeit auf einem mehrjährigen Tiefstand.

Gazprom schließt die Einspeisung von Ergas in die russischen Gasspeicher ab, um die ununterbrochene Gasversorgung des heimischen Marktes im kommenden Winter zu gewährleisten, und beginnt mit der Erhöhung der Lieferungen an europäische Untergrundspeicher. Diese Pläne wurden vom Vorstandsvorsitzenden des russischen Gasriesen Alexei Miller Ende Oktober angekündigt, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin den Auftrag dazu erteilt hatte, wie die Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtete.

Ursprünglich sagte Miller, dass die geplante Einspeisung von Gas in die russischen Anlagen bis zum 1. November abgeschlossen sein werde. Aufgrund der pandemiebedingter Einführung zusätzlicher arbeitsfreier Tage in Russland wurde jedoch beschlossen, die Einspeisung über den Plan hinaus bis einschließlich 7. November fortzusetzen.

Infolgedessen gab Gazprom am 29. Oktober bekannt, dass die geplante operative Gasreserve von 72,6 Milliarden Kubikmetern in den russischen Speichern erreicht wurde, setzte aber deren Befüllung fort. Gleichzeitig erhöhte das Unternehmen die maximale tägliche Speicherkapazität auf 847,9 Millionen Kubikmeter.

Darüber hinaus teilte der Leiter des Betreibers des ukrainischen Gastransportsystems Sergei Makogon am Montag mit, dass Gazprom das Volumen des Gastransits in die EU durch die Ukraine um 54 Prozent auf 88 Millionen Kubikmeter pro Tag erhöht hatte. Diese Menge liege jedoch immer noch unter der gesamten Transitkapazität in Höhe von 109 Millionen Kubikmetern pro Tag, die Gazprom bereits gebucht und bezahlt habe, so der führende ukrainische Gasmanager.

Die Ankündigung von Plänen, russisches Gas verstärkt in europäische Speicher zu pumpen, sobald die Arbeiten auf dem heimischen Markt abgeschlossen sind, senkte die Gaspreise in Europa deutlich. Sie bleiben jedoch trotzdem auf einem hohen Niveau. So lag der Preis für die Dezember-Gasfutures an der niederländischen TTF-Börse zum Handelsschluss am Freitag bei 883 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter.

Indessen begann in Europa eine aktive Entnahmesaison aus den Erdgasspeichern. Dennoch befinden sich die europäischen Reserven an blauem Brennstoff mittlerweile auf einem mehrjährigen Tiefstand. Sollte der kommende Winter hart ausfallen, besteht bei der

derzeitigen Knappheit die Gefahr eines neuen Preisanstiegs.

Im vergangenen Winter, der sich als extrem lang erwiesen hatte, hatte Europa mit 66 Milliarden Kubikmetern einen Rekord bei der Entnahme von Gas aus seinen Speichern aufgestellt. Auch Russland hatte innerhalb der Wintersaison 60 Milliarden Kubikmeter Gas entnommen, was ebenfalls einen Rekord darstellt.

Währenddessen wird die Inbetriebnahme der bereits im September fertiggestellten Erdgasleitung Nord Stream 2 wegen der erforderlichen EU-Zertifizierung seit Wochen verzögert. Am Montag erklärte Kremlsprecher Dmitri Peskow, dass es für den Beginn der Gaslieferungen über die neue Pipeline noch keinen endgültigen Zeitrahmen gebe. Somit sei dabei das Wichtigste, "geduldig zu warten", sagte er. Peskow betonte zum wiederholten Male, dass die Pipeline eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung der Energiesicherheit Europas spielen werde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/6189246548fbef3a08038be6.jpg>

snews.de: **Russland hält Übungsmanöver im Schwarzen Meer ab**

U-Jagd-Boote der russischen Schwarzmeerflotte haben im Zusammenwirken mit einem U-Jagd-Hubschrauber Übungen durchgeführt.

Die Übungen erfolgten vor dem Hintergrund des Einlaufens des mit Marschflugkörpern bewaffneten US-Zerstörers „Porter“ und des Stabschiffs „Mount Whitney“ der US-Marine ins Schwarze Meer. Kräfte der Schwarzmeerflotte haben damit begonnen, die Handlungen der US-Schiffe zu überwachen.

„Die Besatzungen der U-Jagd-Boote ‚Jejsk‘ und ‚Kassimow‘ der Schwarzmeerflotte haben im Bestand der U-Bootsuch-Schlag-Gruppe die Suche und Auffindung des U-Bootes eines angenommenen Gegners im Zusammenwirken mit der Besatzung des U-Jagd-Hubschraubers Ka-27M trainiert“, heißt es in der Mitteilung.

Bei den Übungen wurden die Suche nach einem U-Boot und dessen Überwachung sowie eine Attacke gegen Unterwasserziele unter Einsatz von Torpedos und reaktiven Bombenwaffen geübt.

Außerdem haben die Schiffsbesatzungen während der Überfahrt Aufgaben zur Luftverteidigung ausgeführt und dabei Fla-Raketen und Artilleriegeschosse gegen Luftziele abgefeuert.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0b/08/4248062_236:0:3877:2048_1920x0_80_0_0_af23bf0411cb9fed3e6ba8bf7d63d0e7.jpg

abends:

de.rt.com: Donbass: **OSZE-Patrouille von Gefecht und Kampfdrohne vertrieben**

Das russische Außenministerium wirft Kiew erneute Verstöße gegen das Flugverbot im Donbass vor: Nahe einer OSZE-Patrouille warf eine Drohne eine Sprengladung ab. Berlin und Paris dürften ihre Augen nicht mehr vor dem "zügellosten Verhalten Kiews" verschließen, mahnt Maria Sacharowa.

Im Entflechtungsgebiet in der Konfliktzone im Südosten der Ukraine herrscht eine Flugverbotszone, an Luftfahrzeugen sind dort lediglich Drohnen der OSZE erlaubt. Daran erinnerte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa die ukrainische Seite. Anlass war ein Angriff, den ukrainische Truppen nahe Lugansk am 6. November unter Einsatz eines unbemannten Luftfahrzeugs durchgeführt hatten – wenige Dutzend Meter von einer Beobachterpatrouille der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entfernt.

Ein noch am selben Tag veröffentlichter Bericht der OSZE besagt, dass die Mitarbeiter der Organisation am Rand der Ortschaft Bolotenoje nahe Lugansk geschätzt weniger als 50 Meter von ihrer Stellung entfernt vier aus Handfeuerwaffen abgegebene Feuerstöße vernommen hatten. Daraufhin setzten sich die Beobachter sofort in ihre Fahrzeuge und traten den Rückzug auf sicheres Gebiet an. Wenige Sekunden später konnten sie in einer Höhe von etwa 100 bis 150 Metern ein "graues, der Beobachtungssondermission fremdes unbemanntes Kleinstluftfahrzeug" erkennen. Dessen Einsatz, wird im Bericht betont, ist ein Verstoß gegen das "Verbot des Einsatzes jeglicher Luftfahrzeuge" der Konfliktseiten im Truppenabzugsgebiet "auch gemäß der Vereinbarungen vom 20. Juli 2020 über Maßnahmen zur Stärkung des Waffenstillstands".

Nur eine Minute danach sahen und hörten die Teilnehmer der Patrouille "einen Aufschlag mit Explosion in einer geschätzten Entfernung von 20 bis 30 Metern südöstlich ihrer Position". Die Patrouille setzte ihren Rückzug zum Stützpunkt der Beobachtungssondermission in der Staniza Luganskaja auf von Kiew kontrolliertem Gebiet rund 16 Kilometer nordöstlich von Lugansk fort. Sowohl die Schüsse als auch die Explosion, heißt es im Bericht weiter, ereigneten sich "sehr nahe der Patrouille der Beobachtungssondermission und stellen ernsthafte sicherheitsrelevante Vorfälle für die Mission dar". Ob die Drohne am Angriff unmittelbar als Waffenträgerplattform oder aber zur Zielerfassung und Feuerkorrektur eingesetzt wurde, geht aus dem Bericht der OSZE nicht hervor, ebenso wenig, welche Seite

sie einsetzte. Auch von den Sprechern der zuständigen Behörden der Ukraine oder aber der Volksrepubliken Donezk und Lugansk fehlen hierzu Stellungnahmen.

In Moskau geht man jedoch von der ersten Variante aus. Sacharowa zumindest legte auf Telegram eine solche Ansicht dar: "Beobachter der OSZE fanden sich in der Zone des Angriffs eines unbemannten Fluggeräts der ukrainischen Streitkräfte wieder. Im Bericht der Mission ist die Rede davon, dass eine sich Explosion in 20 bis 30 Metern Entfernung von der Position der Patrouille ereignete."

Anlass zu einer solchen Interpretation gibt der Einsatz von Kleinstdrohnen durch bewaffnete Gruppierungen der Ukraine. Von diesen Drohnen waren in der Vergangenheit Granaten oder aber Sprengsätze über Wohngebieten außerhalb von Kiews Kontrolle abgeworfen worden. Einem solchen Angriff auf das Dorf Alexandrowskoje nördlich von Donezk Anfang war April 2021 ein vierjähriger Junge zum Opfer gefallen, Wladislaw Dmitrijew.

Die Rolle, die die Drohne bei dieser Episode der Kampfhandlungen spielte, ist aber auch völlig belanglos: Außer der von der OSZE zitierten Vereinbarungen hat auch das deutlich frühere klärende Zusatzmemorandum vom 19. September 2014 zum Minsker Protokoll nach wie vor Gültigkeit, dessen siebter Artikel jegliche Flüge mit Ausnahme unbemannter Luftfahrzeuge der OSZE-Beobachtungsmission ausdrücklich verbietet. Die Zugehörigkeit der Drohne zu den bewaffneten Formationen der Ukraine wird von Moskau derzeit zwar nur impliziert. Doch mögliche Einsätze unbemannter Fluggeräte in der Truppenabzugszone (oder auch sonst irgendwo) durch die andere Seite des Konflikts – die beiden Volksrepubliken – sind schon mindestens seit einem Jahr kaum Gegenstand der Berichterstattung durch die westlichen Medien.

Demgegenüber wurde nicht nur in all den Jahren seit dem Ausbruch des Konflikts im Südosten der Ukraine immer wieder vom Einsatz bewaffneter Drohnen durch die Ukraine berichtet, sondern gaben auch Sprecher des ukrainischen Militärs erst neulich offen und stolz bekannt, mittels ihrer neu erworbenen türkischen Drohnen vom Typ Bayraktar TB2 Waffen gegen Ziele im Entflechtungsgebiet eingesetzt zu haben.

Auf diese umfassende Faktenlage stützte sich die Diplomatin, um die deutsche und französische Politik zu Handlungen zum Erhalt der bisherigen diplomatischen Errungenschaften zur Befriedung der Ukraine aufzurufen:

"Paris und Berlin, die sich für die Durchführung von Treffen im Normandie-Format aussprechen, können nicht länger so tun, als bemerkten sie nicht das unverschämte zügellose Verhalten des Kiewer Regimes, das die zuvor getroffenen Übereinkommen und vor allem die Hoffnung der Bürger der Ukraine auf ein friedliches Leben zunichtemacht."

Moskau sieht keinen Sinn in Ministertreffen

In den letzten Wochen nahmen Spannungen an der Entflechtungslinie im Kampfgebiet zu, wobei vor allem die ukrainische Seite für Provokationen sorgte. Am 13. Oktober hatte die Ukraine einen Mitarbeiter der gemeinsam mit der OSZE betriebenen militärischen Beobachtermission entführt. Letzte Woche nahmen ukrainische Truppen unter Einsatz von Panzertechnik ein Dorf in der sogenannten grauen Zone ein und bedrohten dessen Einwohner. Es kam auch zum Beschuss der zivilen Infrastruktur und Drohnenangriffen auf Öltanks. Beim Abwurf einer Sprengladung nahe einem Agrarbetrieb wurden mehrere Arbeiter schwer verletzt. Dabei wird in den ukrainischen und westlichen Medien wieder über einen massiven russischen Truppeneinmarsch spekuliert. Die Grundlage für solche Berichte seien Fake News, erwiderte das russische Außenministerium.

Diese Situation lässt aus russischer Sicht keine Möglichkeit für ein Ministertreffen im sogenannten Normandie-Format unter der Teilnahme von Vertretern der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreichs. Der russische Außenminister Sergei Lawrow erinnerte am Montag auf einer Pressekonferenz daran, dass sein französischer Amtskollege dieses Treffen an jenem Tag initiiert habe. Als Termin schlug er den 11. November vor.

Lawrow erklärte jedoch, dass die Russische Föderation es nicht für angebracht halte, solche

Konsultationen abzuhalten, ohne zu wissen, wie aussagekräftig das Treffen wäre.
"Wir brauchen keine ostentativen Auftritte. (...) Am 11. November wird nichts passieren, wir sprechen nicht über neue Termine."

Der Minister merkte an, dass für Russland "die substanzielle Seite der Angelegenheit" Vorrang vor dem "Posieren vor den Fernsehkameras" habe.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.11/article/61892a01b480cc439269cda8.jpg>